

Vor der Rede des Kanzlers hatte Präsident Loebe bei Beginn der Sitzung mitgeteilt, daß die Abstimmung über sämtliche Anträge unter allen Umständen am Freitag stattfinden werde. Weiter teilte der Präsident mit, daß die Abgeordneten Dr. Schneider und Dr. Kahl von der Deutschen Volkspartei auf mehrere Tage beurlaubt seien.

In der Aussprache führte Abg. Leicht (Bayer. Sp.) u. a. aus: Das deutsche Volk hat nur einen Mann wie Hindenburg (Beifall in der Mitte), einen Mann, der nicht nur trommelt, sondern für das Vaterland arbeitet und opfert. (Zuruf rechts: Was sagten Sie denn damals?) Ehe wir die Abstraffung nach außen verlangen, müssen wir die Abstraffung nach innen im politischen Kampfe fordern. Auch wir halten

die Politik der Notverordnungen auf die Dauer nicht für erträglich. Auch auf dem Wege der Zentralisierung und der Unitarisierung ist eine Einigung nach innen für uns nicht erträglich; wir wollen an der Selbständigkeit der Länder nicht rütteln lassen. Es ist eine Gewissenslosigkeit, die Arbeitslosigkeit als Anlaß zur Sege zu nehmen. Wir geben die Parole aus: Für Hindenburg und seinen Sieg am 13. März. (Beifall.)

Abg. Dr. Siemsen (Soz. Arbeiterpartei) erklärt, aus der freies Reich der Welt, die die Sozialdemokratie schaffen wollte, sei die sonderbarste geworden, in der man nicht mehr wisse, wer regiere.

Abg. Forster (Komm.): Reichskanzler Dr. Brüning habe offen eingestanden, daß er an der Niederlegung der Revolution mitgewirkt habe. Durch die Bundesgenossenschaft mit Dr. Brüning sei die arbeitserfreundliche Einstellung der Sozialdemokratie gekennzeichnet. Als Abg. Forster seine Rede mit der Erklärung beendet hatte, daß für die Arbeiterklasse als einziger Kandidat Thälmann in Frage komme, erhoben sich die Kommunisten und begannen

im Chor die Internationale zu singen, während von der Rechten der ironische Zuruf kam: „Differenz, mitsingen!“ Vizepräsident von Kardorff bemühte sich unter fortgesetztem Schwingen der Glocke vergeblich, die Kommunisten zum Schweigen zu bringen. Er verließ seinen Platz und hob damit die Sitzung an.

Abg. Dr. Goebbels (Nationalsoz.) beschäftigt sich zunächst mit der Erklärung des Ministers Groener über die Ausführungen Goebbels in seiner ersten Rede. Nach einigen scharfen Worten gegen den Reichswehrminister führt Goebbels aus, die ganze Angelegenheit sei nur deshalb aufgebauscht worden, um ein vollkommen bankrottisiertes System hinter der übertragenden Gestalt des Generalfeldmarschalls zu verbergen.

Der Reichskanzler hat begeisterte Töne für den Generalfeldmarschall gefunden. Ich frage ihn, wo seine Begeisterung für Hindenburg war, als im Jahre 1925 der Reichspräsident nicht durch Schulgelehrte und einen haantischen Machtapparat, sondern durch die Treue und Verehrung seiner Anhänger gewählt wurde, als seine eigene Partei den Generalfeldmarschall mit Räubeln von Hohn und Spott überzog.

Der Kanzler schlebe die Schuld für die heutige Lage mit der Hemmungslosigkeit der radikalen Opposition zu, verwechselt damit aber Ursache und Wirkung. Das Ausmaß des Kabinetts richte sich immer nach dem Umfang der Fehler der Regierung. Wenn er von nationalsozialistischer Seite angepolitisch gelobt worden sei, so habe der Reichskanzler es um so mehr vermieden, den Lügen über die angeblichen nationalsozialistischen Ziele irgendwie entgegenzutreten. Niemand von den Nationalsozialisten habe je dem Reichskanzler

die Schuld am 9. November zugesprochen, aber Dr. Brüning habe die Schuldigen des 9. November salonfähig gemacht und darin liege seine Schuld. (Stürmische Unterbrechungen seitens der Sozialdemokraten.) Der große Alliierte des Reichskanzlers, Herr Seining, so führt Dr. Goebbels fort, schrieb 1925 von dem „Revanche-Politiker“ und „Säbelracker“ Hindenburg. Wir werden den großen Soldaten, den Sieger von Tannenberg, nicht verkümmern. Der Reichspräsident aber hat durch seinen

Pakt mit Brüning einen Pakt mit der Sozialdemokratie geschlossen. Er hat dem nationalen Deutschland die Uniform ausgezogen.

Der 13. März werde entscheiden, wem in Deutschland die Macht gebührt.

An diesem Tage werde das System gestürzt werden. Abg. Freiherr von Freytag-Loringhoven (Din.) wendet sich gegen die Äußerungen des Reichskanzlers und erklärt, seit Versailles seien wir nicht vorwärts gekommen.

Es habe auch gar keinen Zweck, im Völkerverbund zu bleiben.

Das Memelland wird mit Recht klagend, daß es vom Reich im Stich gelassen sei. Wir sehen nur eine Verdrängung Deutschlands in gefährliche Unternehmungen, eine hoffnungslose Lage in Genf und eine schwere

Bedrohung Deutschlands im Osten.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik habe der Reichskanzler aber so wenig eine rettende Tat zu verzeichnen, wie auf dem der Wirtschaft. Von einer Sanierung der Finanzen und einer Milderung der Arbeitslosigkeit sei keine Rede. Eine Sanierung der Großbanken sei alles andere, als eine Sanierung der Wirtschaft. Durch die mehrfachen Demissionsangebote habe der Kanzler eine Festigung seiner Stellung erreicht. Redner schließt mit der Erklärung, daß nach dem Zusammenschluß der Deutschnationalen mit dem Stahlhelm ohne und gegen die in dem „Schwarzweißen Reich“ vereinigten Kräfte eine Rettung Deutschlands nicht möglich sei.

Abg. Dingeldey (D. Sp.): Die Außenpolitik darf nicht in den Dienst der inneren Politik gestellt werden, diese müsse vielmehr in einer Zeit großer außenpolitischer Entscheidungen richtungweisend der Außenpolitik dienen. Unsere Lage habe sich aber seit der Vertagung der Kautzner Konferenz ver schlechert. Die Maßnahmen der Regierung in der Deklamationsfrage sind auf halbem Wege stehengelassen. Wir haben die Befürchtung, daß die großen Aufgaben der Arbeitslosenversicherung wie der Sozialversicherung hinausgeschoben werden aus Verlegenheit vor der Einhellung der Sozialdemokratie. Dem außenpolitischen Ziel des Reichskanzlers in der Frage der Tributzölpolitik stimmt der Redner aus voller Überzeugung zu, allein die Kräfte, mit denen der Reichskanzler dieses außenpolitische Ziel erreichen will, sind nicht die geeigneten.

Die Politik des „Nein“ gegen die Ostpolitik kann er nicht ohne oder gegen die Kräfte durchsetzen, die gesinnungsgemäß dieses „Nein“ wollen. Die Reichspräsidentenwahl ist von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung des nationalen Willens im Volke.

Abg. Rohmann (Soz.) polemisiert heftig gegen den Abgeordneten Dr. Goebbels. Der nationalsozialistische Spul würde sofort verfliegen, wenn die Arbeitskraft der Arbeiterklasse nicht durch die Kommunisten geschwächt werde. Wir werden alles tun, um zu verhindern, daß Hitler oder Hugenberg sich auf den Stuhl Friedrich Ebers setzen. (Lärm, die Nationalsozialisten begleiten jeden Satz des Redners mit ironischem Beifall und Gelächter.)

Abg. Döbberich (D. Landvolk) bedauert, daß die Umbildung des Kabinetts unter verantwortlicher Beteiligung aller Reichsparteien noch nicht erfolgt sei. Die Abhängigkeit der Regierung von der Sozialdemokratie werde immer unzulässiger. Der Redner bedauert, daß die Verfassung Hindenburg in den politischen Kampf hineingezogen werde. Seine Partei tritt, völlig frei von parteipolitischen Erwägungen, für die Wahl Hindenburgs ein.

Abg. Dr. Reinhold (Deutsche Staatspartei) drückt das Erstaunen seiner Partei aus, daß Groener in seinem Erlaß nicht mindestens die unerträgliche Stelle gestrichen habe, die eine Gleichstellung aller dorer bedeutet, die treu zum Staate stehen mit jenen anderen, die diesem Staate an die Gurgel wollen, und billigt die Erklärungen des Reichskanzlers. Wir dürfen in der Bevölkerung des deutschen Memellandes nicht das Gefühl aufkommen lassen, daß sie von Deutschland verlassen sei.

Das Haus vertagt dann die Weiterberatung auf Freitag, 10 Uhr. — Ein Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten gegen den Reichspräsidenten Loebe wird mit auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn der Ministerrat ihn für zulässig erklärt.

### Hindenburg über seine Kandidatur.

Der Reichspräsident empfing den Arbeitsausschuß der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, der ihm den Dank dafür aussprach, daß er sich bereit erklärt habe, das Amt des Reichspräsidenten erneut zu übernehmen. Der Arbeitsausschuß sei gewillt, sich mit aller Kraft für die Wiederwahl einzusetzen, aber den Wahlkampf nur sachlich und in ritterlicher Form zu führen.

### Reichspräsident von Hindenburg.

beglückte in seiner Erwiderung den Entschluß des Arbeitsausschusses, den leider unvermeidlich gewordenen Wahlkampf in vornehmer Form zu führen und alles zu vermeiden, was zu einer Verschärfung der vorhandenen Gegensätze führen könnte. „Ich habe“, betonte er, „die Kandidatur nur auf der Grundlage vollster Überparteilichkeit übernommen und es auf das Bestimmteste abgelehnt, irgendwelche Bindungen den Parteien gegenüber einzugehen oder irgendeine Bedingung anzunehmen: Ich werde auch weiterhin jede Festlegung nach der einen oder anderen Seite ablehnen. Ich bin Treuhänder des ganzen deutschen Volkes, nicht der Beauftragte einer Partei oder Parteiengruppe, und will nur meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein.“

### Gesandter Gradnauer verabschiedet sich vom Reichsrat

In einer Vollsitzung des Reichsrates gedachte Reichsinnenminister Groener mit warmen Worten des auscheidenden stimmführenden Bevollmächtigten Sachsens, Dr. Gradnauer, der bekanntlich am 1. März in den Ruhestand tritt. Er sagte dem Gesandten der Reichsregierung und des Reichsrates Dank für die wertvolle Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes. Gesandter Gradnauer betonte, daß es ihm schwer falle, aus einem Wirkungskreis zu scheiden, in dem er mehr als zehn Jahre gern und freudig gearbeitet habe. Es sei nicht leicht gewesen, Reichswohl und Landeswohl gleichermaßen zu fördern und beide miteinander in Einklang zu bringen. Besonders schwer sei dies in den letzten Jahren gewesen, als Sachsen Wirtschaft und Arbeiterklasse ganz besonders schwer heimgesucht worden seien. Der Gesandte schloß mit dem Wunsch, daß die Arbeiten des Reichsrates auch in Zukunft unter der Führung stehen mögen: Alles zum Wohl des Reiches, der Länder und des deutschen Volkes.

### Handlungsfreiheit in Genf gewährt.

Der englische Antrag im politischen Konferenzsausschuß angenommen.

Im politischen Konferenzsausschuß wurde der englische Antrag, der vom Außenminister Simon eingebracht worden war, und bereits die allgemeine grundsätzliche Zustimmung im Ausschuß gefunden hatte, endgültig angenommen.

In diesem Vorbericht wird bekanntlich festgestellt, daß die weiteren Arbeiten der Konferenz zwar im Rahmen des Abkommensentwurfes verlaufen sollen, jedoch die volle Handlungsfreiheit aller Abordnungen gewahrt bleibt.

### Der politische Ausschuß.

Große Auseinandersetzung wegen des französischen Vorschlages.

Der Vorschlag Lardieu auf Einsetzung eines politischen Ausschusses zur Behandlung der angeblich mit der Abrüstungskonferenz in Zusammenhang stehenden politischen Fragen stieß auf unerwartet starken Widerstand.

Die Vertreter von Deutschland, Italien, den Vereinigten Staaten, der Türkei und Holland lehnten den Vorschlag ab, während die Vertreter von Estland, Rumänien und Bulgarien sofortige uneingeschränkte Annahme des Vorschlages forderten. Der englische Außenminister enthielt sich einer eindeutigen Stellungnahme.

Vorschafter Radolub wies für die deutsche Abordnung darauf hin, daß für die Behandlung der politischen Fragen, falls nötig, später ein Sonderausschuß eingesetzt werden könne. Gegenwärtig bestehe jedoch keine Veranlassung, einen solchen Ausschuß einzusetzen. Radolub verlangte Vertagung des französischen Antrages. In einer kurzen scharfen Erklärung lehnte Außenminister Grandi (Italien) den französischen Vorschlag ab. Gegen einen politischen Ausschuß habe seine Regierung grundsätzliche Bedenken. Als die Ansprache für Frankreich ungünstig wurde, suchte Lardieu in einer großen Rede die Widerstände zu überwinden. Was ihm im weiteren Verlauf der Verhandlungen und nach noch mehrfach energischem Eingreifen auch gelang. Der französische Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen.

Der politische Ausschuß, der nun gebildet wird, soll die gesamten nach französischer Auffassung mit der Abrüstungsfrage zusammenhängenden politischen Fragen behandeln.

Der Konferenzsausschuß beschloß ferner, Ausschüsse für Land-, See-, Luft- und Haushaltsfragen einzusetzen. Vorschafter Radolub, der noch bis zum letzten Augenblick die Einsetzung eines politischen Ausschusses scharf bekämpft hatte, gab schließlich seinen Widerstand auf. Radolub erklärte sich mit der Einsetzung des Ausschusses einverstanden, als Außenminister Simon einen persönlichen Appell an ihn richtete, nicht die Verhandlungen in einer Atmosphäre der Mißstimmung abschließen zu lassen. Radolub betonte, die deutsche Abordnung sei bereit, guten Willen zu zeigen. Nachdrücklich müsse er jedoch feststellen, daß die Richtlinien für die Arbeiten des politischen Ausschusses vom Konferenzsausschuß festgelegt werden müßten. Gibson (Amerika) zog seinen Einwand gegen den politischen Ausschuß auf Ersuchen Lardieus zurück.

### Vor neuen Rechtsbrüchen im Memelland.

Zaninus will Ausschaltung der Mehrheitsparteien bei der Ernennung des Landespräsidenten.

Der litauische Außenminister Dr. Zaninus äußerte sich nach seiner Rückkehr aus Genf vor Vertretern der in- und ausländischen Presse ausführlich über die Memelfrage und die weiteren Maßnahmen der Zentralregierung. Zaninus erklärte, daß der Konflikt für Litauen seine endgültige Erledigung in Genf gefunden habe. Der Gouverneur des Memelgebietes könne mit den Mehrheitsparteien

über die Bildung eines Direktoriums nicht mehr verhandeln, weil diese seiner Aufforderung vom 9. Februar nicht nachgekommen seien und auch jetzt in einem Schreiben ihren Protest gegen die Absetzung Väterichs ausdrücklich erklärten. Der Gouverneur werde einen Vaterspräsidenten ernennen, der nach seiner Ernennung nicht sofort eine Fahrt nach Berlin löse.

### Aus unjurer Heimat

Wilsdruff, am 26. Februar 1932.

Rechtblatt	den 27. Februar.	
Sonnenaufgang	6 <sup>09</sup>   Mondaufgang	6 <sup>09</sup>
Sonnenuntergang	17 <sup>27</sup>   Monduntergang	8 <sup>09</sup>
1861: Der Anthroposoph Rudolf Steiner geb.		

Erneute Schneefälle. In fast allen sächsischen Winterportorten ist wieder Schneefall zu verzeichnen, und insobaldessen haben sich die Sportverhältnisse überall gebessert. Mäßig sind die Verhältnisse lediglich in Lauenstein-Bärenstein und am Hochwald, gut sind sie in Geising, Altenburg, sehr gut in Zinnwald-Georgensfeld, Frauenstein, Oberwiesenthal, Fichtelberg usw.

Treue in der Arbeit. Gestern waren fünfundsiebzig Jahre verflossen, daß Fischer Hermann Trobisch bei der Firma Möbelfabrik Emil Weinhold beschäftigt ist. Der Firmeninhaber nahm deshalb Veranlassung, den treuen Arbeiter an diesem Ehrentage herzlich zu beglückwünschen und zu beschenken. In den nächsten Tagen wird ihm auch die Handelskammer die bereits verliehene Medaille für Treue in der Arbeit überreichen lassen.

Der MCB „Sängertrio“ hält morgen im „Löwen“ sein Frühjahrsvergnügen unter dem Motto: „Fröhlich trohellebem!“ Man ist sich darüber einig, daß Kopfhängerei und Wiefepetrigkeit die Verhältnisse um kein Biot bessern, daß aber einige frohe Stunden wieder neuen Lebensmut auskommen lassen, daß in frohem Sängerkreise die Sorge keinen Platz hat. Der Rahmen des Abends ist schlicht, aber sein Inhalt herzlich. Näheres sagt das Inserat in dieser Nummer.

Der Grund- und Hausbesitzerverein hält morgen Sonnabend in der „Tonhalle“ seine Monatsversammlung ab.

Die 3. Hauptversammlung des Schweinekontrollvereins Wilsdruff um Umgebung wurde am Mittwoch nachmittag im „Ablter“ abgehalten. Rittersgutbesitzer Pöschig - Braunsdorf eröffnete sie mit dem Hinweis, daß die Schweinepreise heute 20 Mark niedriger als vor dem Kriege seien und daß wegen der großen Bestände zunächst auch auf eine Besserung nicht zu denken sei. 10% Schweine seien zuviel und drückten auf die Preise. Kassierer Rößig - Grumbach erstattete den Ratsberichtericht und konnte einen erfreulichen Bestand anlagen. Die Gutsbesitzer Kirchner und Kautenstrauch hatten die Rechnung geprüft und beantragten noch Richtigstellung die Entlastung des Kassierers, die einstimmig geschah. Ob infolge des guten Kassienbestandes eine Beitragsüberhebung erfolgen kann, soll später entschieden werden. Die Mitgliederzahl ist dieselbe geblieben, einige konnte man noch aufnehmen. Dann wurde der Gesamtvorstand — Pöschig - Braunsdorf 1. Vorsitzender, Pöschig - Limbach 2. Vorsitzender, Rößig - Grumbach Kassierer, Klocke - Limbach Schriftführer und Kaul - Schmeibaldewalde Beisitzer — einstimmig durch Zuruf wieder gewählt. Ueber Berkeblatz und Preisgestaltung berichtete Gutsbesitzer Pöschig - Limbach. Der Absatz war durchweg gut und auch mit den erzielten Preisen konnte man zufrieden sein. Oberlandwirtschaftsrat Dr. März gab seiner Freude über die Ergebnisse Ausdruck, die in der Förderung des Absatzes liegen und vor allem auch in dem Ziele, an die eigenen Berufsgenossen möglichst billig zu liefern. Er ging dann gleich zu seinem Vortrage über „Stallhygiene des Kreisverbandes“ und betonte, daß für die Hebung des Schweinebestandes in Sachsen bis 1920 fast nichts getan worden sei. Noch heute werde aber darum gekämpft, daß die sächsischen Schweine auf den sächsischen Markt kommen. Der Schweinebestand betrug im Jahre 1914 775 811, hatte im Jahre 1930 etwa dieselbe Höhe erreicht und betrug 1931 aber 854 501. Das waren etwa 80 000 Stück zuviel, die auf die Schweinepreise drückten und auch die Kinderpreise mit in die Tiefe rissen. Die Viehhaltung dürfe keine spekulative, sondern eine gemischte, organisch eingegliederte, dem ganzen Betriebe angepaßte und auf wirtschafts-eigenem Futter beruhende sein. Die Rassenfrage sei nebenbei. Hauptsache sei die Heranbildung von leistungsfähigen Mutlinien, die durch entsprechende Futtergaben zu Leistungssteigerungen gebracht werden müßten. Um der sehr leicht möglichen Inzucht vorzubeugen, sei die Weigabe von 25 Gramm Futterhefe zum Futter des Ebers sehr zu empfehlen, während die Sauen die Hefe nicht erhalten dürften. An Hand von Lichtbildern zeichnete der Vortragende dann ein Bild von dem Stande der sächsischen Schweinezucht, und von dem Ziel der züchterischen Verbände, dessen Vertreter die Weiskner Zuchtgenossenschaft sei. Beifall und Dankesworte des Vorsitzenden folgten den Ausführungen. Dann gab Tierzuchtinspektor Buch - Dresden noch Aufschluß über die Strahlenpilzkrankung, und Dipl. Landwirt M. a. n. über die Futterrationen an Schweine auf den Staatsgütern.

Die Leipziger Möbel-Messe wächst weiter! Für die vom 6. bis 10. März stattfindende Leipziger Möbel-Messe waren bereits drei Böden vor Beginn der Messe 11 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche vermietet, so daß die Leipziger Möbelmesse Frühjahr 1932 die größte Möbelmesse wird, die jemals in Deutschland abgehalten wurde. Ein besonders charakteristisches Zeichen für den hohen Wert, den man der Leipziger Messe in der Möbelindustrie zumißt, ist die erstmalige Beteiligung der württembergischen Möbelindustrie, deren Qualitätsergebnisse in der ganzen Welt den besten Ruf genießen mit einer Kollektivausstellung. Dadurch wird die diesjährige Leipziger Möbelmesse zweifellos eine besondere Zugkraft auf alle Möbelleinkäufer aus dem Inland und Ausland ausüben. Auch die anderen Zentren der deutschen Möbelindustrie, wie die Produktionsgebiete Westfalens, Sachsens, Badens usw., werden auf der Frühjahrsmesse stark vertreten sein.

Turngau Mitteltebe-Dresden D. T. 6. Bezirk Freital. Die erste Bezirksvorturnerstunde für Turnerinnen war schwach besucht. Bezirksfrauenturnwart Albert leitete erst eine Körperschule, dann die Freitagen, die für das Bezirksturnfest in Freital gedacht sind. Nach dem Niegenturnen an Pferd, Stütze und Sprossenwand zeigte Bezirksvorturnwart Völle eine Körperschule des Hochsprungs und führte kurz in die Technik des Hochsprungs ein. An Stelle des üblichen Volkstanzes führte Turnwart Albert für das Bezirksturnfest geplante Volkstanzvorführungen vor, die den Beifall der erschienenen Vorturnerinnen und Vorturner fanden.